Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

25. September 2017

Kastrationspflicht für Katzen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.367 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit Enttäuschung nimmt die Stadtverordnetenversammlung von der Tatsache Kenntnis, dass der Oberbürgermeister eine allgemeine Kastrationspflicht für Katzen nicht einführen will. Die Stadtverordnetenversammlung erneuert ihren Beschluss vom 01.07.2013 und fordert den Oberbürgermeister erneut auf, seine Meinung zu ändern und gleichwohl eine Kastrationspflicht für Katzen in Kassel einzuführen. Was in Darmstadt und andernorts machbar ist, muss auch für Kassel möglich sein.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: CDU, AfD (6), Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordnete Burmeister und Nölke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Stadtverordnete Ernst und Dr. Janusch
Enthaltung: AfD (1)
den

Beschluss

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Kastrationspflicht für Katzen, 101.18.367, wird **abgelehnt.**

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin